**Personenstandserklärung**

Im Vollbesitz meiner körperlichen und geistigen Kräfte, sowie voller Geschäftsfähigkeit erkläre ich,

die Frau Allevornamen, aus dem Hause Geburtsname, Familienname Mustermann,

frei als Mensch, geboren am XX. Monat Jahr zu Geburtsstadt,

latent, seit Vollendung der Geburt, gemäß § 1 staatlichem BGB, in Kraft seit 01. Januar 1900,

jetzt Staatsangehörige des souveränen, selbstständigen Bundesstaates Republik Baden,

mit Beendigung der Nachkriegsordnung am 27. April 2018 im letzten völkerrechtskonformen Verfassungsstand vom 21. März 1919, im Gebietsstand 30. Juli 1914 und im Rechtsstand 12. August 1919, zwei Tage vor Überlagerung durch die Weimarer Republik mit Installierung der Weimarer Verfassung am 14. August 1919, als Glied-/Bundesstaat des Deutschen Reichs/Deutschland im Rechtsstand und in den Reichsgrenzen 2 Tage vor Ausbruch des 1. Weltkrieges, unter Gültigkeit der Reichsgesetze im Rechtsstand 30. Juli 1914, mit allen Rechten und Pflichten, als Begünstigte außerhalb des *Cestui Que Vie Act[[1]](#footnote-1)* stehend,

und Kraft meines freien Willens, in vollem Bewußtsein meiner Verantwortung vor Gott und meinen Mitmenschen, beseelt vom festen Willen als Friedensstifterin, ohne Zwang, rechtsverbindlich folgendes:

Ich, die Frau Allevornamen, aus dem Hause Geburtsname, Familienname Mustermann,
bin ein Mensch, lebend, beseelt, nicht verschollen.

Ich bin keine juristische Person, kein Sklave und erleide nicht den bürgerlichen Tod.

Die Schaffung und Registrierung einer juristischen Person mit Namen

Vorname Mustermann / VORNAME MUSTERMANN

unter zusätzlicher bisher vermuteter, bzw. deutschen Staatsangehörigkeit DEUTSCH / deutsch

erfolgte ohne mein Wissen, ohne meine Aufklärung, ohne Kenntnis und ohne Billigung!

Ich stelle für die Vergangenheit und die Zukunft fest, lediglich Begünstigte dieser juristischen Person zu sein und niemals Treuhänderin dieser juristischen Person gewesen zu sein, und werde es auch nicht sein.

Mit internationaler Rechtskraft, als Staatsangehörige des selbstständigen Bundesstaates Republik Baden,

**übernehme ich die Funktion des persistent objector.**

Ich verzichte nicht auf meine Bodenrechte und bestehe auf die Anwendung des Völkervertragsrechtes und des geschriebenen Rechts in Form der Gesetze im Rechtsstand 12. August 1919 für den selbstständigen Bundesstaat Republik Baden, im Staatenbund des Deutschen Reichs/Deutschland und der Reichsgesetze im Rechtsstand 30. Juli 1914, *ius cogens*. Das Gewohnheitsrecht, welches entsteht durch länger dauernde, stetige, allgemeine und gleichmäßige Übung (*longa consuetudo*), die von den Beteiligten als rechtsverbindlich anerkannt wird (*opinio iuris*), lehne ich ab. Das Gewohnheitsrecht leitet sich nicht vom geschriebenen Recht ab, sondern tritt als dessen Konkurrent auf. Fehlt die *opinio iuris*, handelt es sich um eine bloße Gewohnheit, die allein kein Recht schaffen kann. Damit entwickelt das von der Bundesrepublik Deutschland angewandte Gewohnheitsrecht für mich keine Rechtskraft.

Für interpretierbare Handlungen des Menschen, der natürlichen Person, der juristischen Person, der Sache, des Vereins, etc. pp., wird vorsorglich auf § 119 des staatlichen BGB, in Kraft seit 01. Januar 1900, verwiesen.

Ich besitze die wahrhaftige Staatsangehörigkeit eines Glied-/Bundesstaates des Deutschen Reichs/Deutschland, des selbstständigen Bundesstaates Republik Baden,

gemäß § 1 RuStAG (Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz) vom 22. Juli 1913.

Diese kann mir nicht entzogen werden, weil ich sie durch Abstammung besitze.

Diese Rechte bestätigt auch der internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte.

Die Bundesrepublik Deutschland bestätigt gemäß der Artikel 25, 116 Absatz 2, 2. Halbsatz, und 123 ihrer Verfassung diese frühere Staatsangehörigkeit der souveränen Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs/Deutschland und hat sie zu respektieren, weil ich ein Abkömmling eines früheren Staatsangehörigen eines Glied-/Bundesstaates bin, deren Abkömmlingen wiederum ihre Staatsangehörigkeit, aufgrund willkürlicher Umgestaltung des Staatsangehörigkeitsgesetzes, aus politischen Gründen in der Zeit des NS-Regimes/3. Reich, zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 08. Mai 1945, entzogen wurde, ich aber als Abkömmling meinen Wohnsitz im Geltungsbereich des Gebietes des Deutschen Reichs/Deutschland in den Grenzen von 1914, zwei Tage vor Ausbruch des 1. Weltkrieges genommen habe.

Die bisher zuständigen Verwaltungsbehörden der Bundesrepublik Deutschland, sind selbst nicht berechtigt, die tatsächliche Staatsangehörigkeit in einem Glied-/Bundesstaat gemäß § 1 RuStAG vom 22. Juli 1913, eines völkervertragsrechtlich existierenden Staates, für mich, die Frau Allevornamen, aus dem Hause Geburtsname, Familienname Mustermann, festzustellen und zu verleihen, gemäß nationalsozialistischen Gleichschaltungsgesetzen die deutsche Staatsangehörigkeit, gemäß StAG vom 05. Februar 1934, welche nach weiteren Gleichschaltungen, die Staatenlosigkeit bedeutet.

Mit meiner Unterschrift unter dieses Dokument bringe ich, gemäß der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, Artikel 116 Absatz 2, 2. Halbsatz, i. V. m. den Artikeln 123 und 25, meinen entgegengesetzten Willen zu der bisher vermuteten, bzw., von mir im Irrtum (BGB § 119) beantragten und in Folge beurkundeten, deutschen Staatsangehörigkeit, einschließlich der damit verbundenen Verwaltung als Staatenlose, bzw., als deutsche Staatsangehörige, zum Ausdruck und meinen entgegengesetzten Willen zur Ausbürgerung aus meiner Heimat, einem Glied-/Bundesstaat des Deutschen Reichs/Deutschland und setze damit die Entnazifizierung gemäß der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, Artikel 139 und der Ausführungsgesetze zur Restitution/Reorganisation des Deutschen Reichs/Deutschland (AzRR) im Geltungsbereich des Gebietes des Deutschen Reichs/Deutschland, in den Grenzen von 1914, zwei Tage vor Ausbruch des 1. Weltkrieges, Gesetz Nr. 1 - Aufhebung nationalsozialistischer Gesetze – in Kraft seit dem 29. November 2016, um.

Die zuständigen Verwaltungsbehörden der Bundesrepublik Deutschland haben meinen zum Ausdruck gebrachten entgegengesetzten Willen zu respektieren.

Meine Zugehörigkeit zur Bundesrepublik Deutschland und zur Europäischen Union und der damit verbundenen, bisher vermuteten, bzw., beurkundeten deutschen Staatsangehörigkeit (DEUTSCH / deutsch), ist daher nichtig! Ich verzichte ausdrücklich auf die vermutete, bzw., beurkundete Staatsangehörigkeit DEUTSCH / deutsch und bleibe bei meiner früheren, durch Abstammung erworbenen Staatsangehörigkeit, als Abkömmling früherer Deutscher, jetzt die Staatsangehörigkeit im selbstständigen Bundesstaat Republik Baden, gemäß § 1 RuStAG vom 22. Juli 1913.

Die Entziehung der früheren Staatsangehörigkeit eines Glied-/Bundesstaates des Deutschen Reichs/Deutschland ist völkerrechtlich und wegen der Abstammungs- und Geschlechtslinie, unmöglich und unzumutbar und bedeutet zudem die Anwendung von nichtigen/verbotenen nationalsozialistischen Gesetzen. Mein Verzicht zu der bisher vermuteten, bzw., beurkundeten Staatsangehörigkeit DEUTSCH / deutsch ist mit meinem hiermit bekundeten Willen, für mich, die Frau Allevornamen, aus dem Hause Geburtsname, Familienname Mustermann, öffentlich mitgeteilt!

Gemäß RuStAG vom 22. Juli 1913 hat nun meine Rechtsstellung mit meiner Staatsangehörigkeit Republik Baden Vorrang.

Hervorgerufen durch unterlassene Aufklärung seitens der Verwaltung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Behörden, Stellen, Ämter, etc. pp., bei meiner Beantragung des Personalausweises / Reisepasses / Führerscheines / Staatsangehörigkeitsausweises der BRD („Gelber Schein“) ist durch arglistige Täuschung seitens der Verwaltung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Behörden, Stellen, Ämter, etc. pp., ein rechtswidriger Verwaltungsakt entstanden. Mit diesem rechtswidrigen Verwaltungsakt wird gegen die international rechtsgültigen Genfer Konventionen, die Haager Landkriegsordnung (HLKO), sowie gegen den Inhalt der Artikel 116 Absatz 2, 2. Halbsatz, 25, 28 Absatz 2 und 3, 123 und 139 der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland verstoßen. Außerdem wird gegen die gültigen Ausführungsgesetze (AzRR) verstoßen und gemäß dem „Tillessen-Urteil“ in unzulässiger Weise nationalsozialistisches Recht in Anwendung gebracht.

Unrechtmäßige Verwaltungsakte sind aufgrund von unrichtigen oder unvollständigen Angaben

der Behörden, Verwaltungen, Stellen, Ämter, etc. pp., der Bundesrepublik Deutschland erlassen worden.

Diese sind, mit Wirkung für die Vergangenheit und Zukunft, in Gänze zurückzunehmen.

Eine Registrierung und die Meldepflicht meines Wohnsitzes in der Bundesrepublik Deutschland besteht nicht mehr. Mein Wohnsitz befindet sich im Geltungsbereich des Gebietes des Deutschen Reichs/Deutschland, in den Grenzen von 1914, zwei Tage vor Ausbruch des 1. Weltkrieges, auf dem Territorium des selbstständigen Bundesstaates Republik Baden, durch Eintragung im dortigen Gebietsverzeichnis.

Meine Zugehörigkeit zur Bundesrepublik Deutschland und in Folge, zur Europäischen Union, ist mit Wirkung für die Vergangenheit und Zukunft, aufgehoben!

**Zusatzerklärung zur Personenstandserklärung**

Folgendes ist verbindlich zu berücksichtigen:

Völkervertragsrecht hat immer Vorrang vor Völkergewohnheitsrecht.

Dies ist auch durch den Artikel 25 der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland bestätigt.

****

Deshalb wird die Kenntnis folgender Gesetze vorausgesetzt:

* Haager Abkommen einschließlich Haager Landkriegsordnung,
* Genfer Konventionen,
* Völkerrecht und Völkerstrafrecht,
* SHAEF-Gesetze und SMAD-Befehle der Alliierten,
* Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte,
* UN-Resolution 61 / 295
* Europäische Menschenrechtskonventionen
* Ausführungsgesetze zur Restitution/Reorganisation des Deutschen Reichs/Deutschland (AzRR) vom 27. November 2016

Ich, die Unterzeichnerin, bin Eigentümerin dieser Urkunde.

Anlage: Anordnung der Militärregierung vom 13. März 1946

gegeben zu Stadt, am Tag. des Monat Monat im Jahre Zweitausendachtzehn

Die Frau Allevornamen, aus dem Hause Geburtsname

Familienname Mustermann

**Anlage zur Personenstandserklärung:**

****

**Willenserklärung**

Ich, die Unterzeichnerin, die Frau Allevornamen, aus dem Hause Geburtsname, Familienname Mustermann, ordne der Bundesrepublik Deutschland und ihren Verwaltungen, Behörden, Stellen, Ämtern, etc. pp. an:

1. Die gespeicherten persönlichen Daten sind unwiderruflich und nicht wiederherstellbar zu löschen.
2. Ich untersage der Bundesrepublik Deutschland und ihren Verwaltungen, Behörden, Stellen, Ämtern, etc. pp., jegliche Verwendung dieser Daten.
3. Alle invisiblen (für mich unsichtbaren) Verträge, die seit Geburt mit der Bundesrepublik Deutschland bestehen und durch unterlassene Aufklärung seitens der Verwaltung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Behörden, Stellen, Ämter, etc. pp., bei Beantragung der BRD-Urkunden von mir unwissend eingegangen wurden, sind hiermit gekündigt.
4. Alle zu meinen Gunsten entstandenen Vermögenswerte sind an mich unverzüglich auszukehren.
5. Diese Willenserklärung ist öffentlich einsehbar zu hinterlegen und unbefristet zu halten, mit dem sichtbaren Vermerk auf der Akte, daß der Datenschutz hierzu ausdrücklich aufgehoben ist.

Da ich, die Frau Allevornamen, aus dem Hause Geburtsname, Familienname Mustermann, die alleinige und unanfechtbare Administratorin meiner Namensrechte bin, teile ich, gemäß dem Handelsgesetzbuch (HGB), mit, daß jeder Vertragspartner ist, der gegen meinen Willen, ohne meine Zustimmung, meine Namensrechte unter Verletzung des staatlichen BGB § 12, in Kraft seit dem 01. Januar 1900, widerrechtlich benutzt oder mißbraucht oder wegen Unzuständigkeit falsches Recht gegen mich anwendet, sofort und unverzüglich, unverjährbar nach Genfer Konventionsrecht, Reichsstrafgesetzbuch (RStGB) und Völkerstrafgesetzbuch (VStGB), schadensersatzpflichtig wird.

Der Vertragspartner stimmt demnach meinem Handelsangebot, gemäß HGB, unwiderruflich und ohne Einrede zu, für jeden einzelnen, illegalen, unrichtigen, nichtigen oder sonstigen Verwaltungsakt, etc. pp., der gegen meinen ausdrücklichen Willen durchgesetzt wird oder der wegen Formmangels oder Schriftform, gemäß BGB §§ 125 und 126, oder offenkundiger Personenstandsfälschung nichtig ist, sofort und unverzüglich für jeden dieser getätigten Schriftsätze oder Schadensfälle durch konkludentes Handeln, persönlich haftend, unverjährbar, mindestens 30.000,00 [€] oder einem anderem Geldmittel/Währung, nach Wahl in Gold oder anderen Werten, zuzüglich der finanziellen Forderung des tatsächlich erfolgten Schadens, zu bezahlen.

Die bereits vorliegenden Schadensersatzverträge bleiben von dieser Regelung unberührt und entfalten weiterhin volle Rechtskraft.

Ich, die Frau Allevornamen, aus dem Hause Geburtsname, Familienname Mustermann, bin als Volkssouverän des souveränen, selbstständigen Bundesstaates Republik Baden, Teil der indigenen, autochthonen deutschen Völker, welche gegenüber den Alliierten und ihren Verbündeten, ihren Rechtsnachfolgern, den Feindstaaten der Charta der Vereinten Nationen, allen Staaten, Völkern und Menschen dieser Erde, gemäß der Friedenseinforderung vom 26. August 2016, den Kriegszustand für beendet erklärt hat.

Nach nunmehr über 100 Jahren ist der Kriegszustand auf dem Gebiet des Deutschen Reichs/Deutschlands mit der internationalen Erklärung vom 01. November 2016 beendet worden.

Die alliierten hohen Mächte hatten bereits im Jahr 1990 das besetzte Gebiet, mit Aufhebung des Artikels 23, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und mit der Auflösung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, wieder freigegeben.

Das Deutsche Reich/Deutschland war/ist zu keiner Zeit untergegangen. Es war nur, mangels der Organisation, nicht handlungsfähig, ist jedoch, nach wie vor, rechtsfähig.

Diese Handlungsunfähigkeit wurde mit der Proklamation über die Handlungsfähigkeit des Präsidiums des Deutschen Reichs/Deutschland durch den Staat Freistaat Preußen, am 03. Oktober 2015, beendet.

Ich, die Frau Allevornamen, aus dem Hause Geburtsname, Familienname Mustermann, versichere als Volkssouverän des souveränen, selbstständigen Bundesstaates Republik Baden und Teil der indigenen, autochthonen deutschen Völker, daß ich, jetzt und zukünftig mit allen Staaten, Völkern und Menschen dieser Erde in Frieden leben will.

Durch die Beurkundung der Staatsangehörigkeit und der damit verbundenen Zugehörigkeit zu einem Glied-/ Bundesstaat im Staatenbund und Völkerrechtssubjekt Deutsches Reich/Deutschland, seit 1871, Verfassungsstand 16. April 1871, im Rechtsstand und in den Reichsgrenzen 2 Tage vor Ausbruch des 1. Weltkrieges, ist damit auch meine Entnazifizierung gemäß den Ausführungsgesetzen zur Restitution/ Reorganisation des Deutschen Reichs/Deutschland (AzRR), vom 27. November 2016, Gesetz Nr. 1 und der Artikel 139 der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, rechtswirksam umgesetzt worden.

Ich, die Unterzeichnerin beauftrage die legitimen Vertreter der administrativen Regierung des selbstständigen Bundesstaates Republik Baden, im letzten völkerrechtskonformen Verfassungsstand vom 21. März 1919, im Gebietsstand 30. Juli 1914 und im Rechtsstand 12. August 1919, zwei Tage vor Überlagerung durch die Weimarer Republik, mit Installierung der Weimarer Verfassung am 14. August 1919, als Glied-/Bundesstaat des Deutschen Reichs/Deutschland, im Rechtsstand und in den Reichsgrenzen 2 Tage vor Ausbruch des 1. Weltkrieges, stellvertretend für mich, meine Rechte nach Innen, sowie nach Außen zu vertreten, sowie, in Vollmacht, für mich, die Restitution/Reorganisation umzusetzen.

Zuwiderhandlungen gegen diese Willenserklärung werden zur Anzeige gebracht und damit gemeinhin geahndet. Jegliche Rechte, die aus den Schäden der Zuwiderhandlungen erwachsen, werden hiermit zur Wahrung der Rechte und Fristen, gemäß der Rechte des selbstständigen Bundesstaates Republik Baden, gemäß des Genfer Konventionsrechts, Völkerstrafrechts, und des internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte, der UN-Resolution 61 / 295, der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und den AzRR, vorsorglich und ausdrücklich beansprucht und hiermit geltend gemacht.

Für den Fall, daß eine meiner Erklärungen, aufgrund der arglistigen Täuschung der Bundesrepublik Deutschland im Rechts- und Geschäftsverkehr, versehentlich falsch abgegeben wurde oder wird, ist vorsorglich festzustellen, daß alle abgegebenen Erklärungen automatisch so zu verstehen sind, daß sie völkervertragsrechtlich, gemäß Staatenvölkerrecht, korrekt sind.

Für den Fall, daß ich irgendein Dokument, Antrag, beglaubigte Kopie, etc. pp., mit unmittelbarem oder mittelbarem Bezug zur Bundesrepublik Deutschland im Rechts- und Geschäftsverkehr verwendet habe oder mir zuzuordnen ist, so wird vorsorglich festgestellt, daß dieses ausschließlich als Erklärung im rechtfertigendem Notstand oder im Irrtum zu verstehen ist und in keinem Fall als Willensäußerung zur Wiederaufnahme einer vertraglichen Beziehung mit der Bundesrepublik Deutschland auszulegen ist, auch nicht in Form von invisiblen Verträgen.

Dies gilt für alle meine abgegebenen Erklärungen und Handlungen seit meiner Geburt gemäß BGB § 1 und für die Zukunft. Vorsorglich weise ich alle invisiblen Verträge jeglicher Art und andere Rechtsverbindlichkeiten ab, die durch Teilnahme am Zahlungsverkehr, KFZ-Zulassung im Straßenverkehr, etc. pp. und das Eingehen sonstiger Rechtsgeschäfte, zu meinen Lasten, entstehen könnten.

Ich, die Unterzeichnerin, bin Eigentümerin dieser Urkunde.

gegeben zu Stadt, am Tag. des Monat Monat im Jahre Zweitausendachtzehn

Die Frau Allevornamen, aus dem Hause Geburtsname

Familienname Mustermann**Allgemeine Handelsbedingungen**

zwischen der Frau Allevornamen, aus dem Hause Geburtsname,
Familienname Mustermann,

geboren am Tag. Monat Jahr zu Geburtsstadt

Postzustelladresse: Stadt [XXXX], Straße Nr.

Zu Händen: Frau Allevornamen a.d.F. Mustermann

Staatsangehörige des selbstständigen Bundesstaates Republik Baden
im seit 1871 existierenden Staatenbund Deutsches Reich/Deutschland

nachfolgend **Leistenden** genannt,

und

allen in der Bundesrepublik Deutschland angemeldeten und handelnden Alliiertenverwaltungen, Unternehmen, Firmen und Firmierungen, NGO´s, Selbstverwaltungen, etc. pp.,

sowie

deren Mitarbeiter / Bedienstete, Geschäftsführer, Amtsvorsteher, Hauptverantwortliche, etc. pp.,

nachfolgend **Empfänger** und **Erfüllungsgehilfen**, etc. pp., genannt,

gelten folgende allgemeinen Handelsbedingungen:

§ 1 Vertragszweck der allgemeinen Handelsbedingungen

(1) Alle Vertragsleistungen nach § 2 dieser allgemeinen Handelsbedingungen, seitens des Leistenden, erfolgen unter Vorbehalt der Rechtmäßigkeit und in der Regel unter der Androhung von Zwangsmaßnahmen durch den Empfänger, bzw., durch dessen Erfüllungsgehilfen.

(2) Der Vorbehalt der Rechtmäßigkeit des Leistenden basiert auf der Tatsache, daß der Empfänger und seine Erfüllungsgehilfen, etc., vorgeben, zu hoheitlichem Handeln berechtigt zu sein, ohne dies belegt oder auch nur bestätigt, geschweige denn, sich legitimiert zu haben. Eine Autorisierung durch die administrative Regierung der Republik Baden, gemäß den AzRR, wurde ebenfalls nicht nachgewiesen. Daraus folgt, daß

a. der Empfänger und seine Erfüllungsgehilfen, etc., entweder tatsächlich nicht zu hoheitlichem Handeln berechtigt sind, oder

b. der Empfänger und seine Erfüllungsgehilfen, etc., zu hoheitlichem Handeln berechtigt oder ermächtigt sind, den Nachweis, bzw., schon die Bestätigung hierzu aber, unter Verletzung der Ausweispflicht, vorsätzlich verweigern.

(3) Diese allgemeinen Handelsbedingungen regeln ausschließlich Angelegenheiten gemäß Absatz 2 a.
In den Fällen nach Abs. 2 b richten sich die Ansprüche des Leistenden nach den geltenden, gesetzlichen Regelungen des völkerrechtlich existierenden selbstständigen Bundesstaates Republik Baden, während der Reorganisation, Verfassungsstand 21. März 1919, Rechtsstand 12. August 1919, im Gebietsstand zwei Tage vor Ausbruch des 1. Weltkrieges, Glied-/Bundesstaat im Staatenbund und Völkerrechtssubjekt Deutsches Reich/Deutschland seit 1871, Verfassungsstand 16. April 1871, im Rechtsstand und in den Reichsgrenzen zwei Tage vor Ausbruch des 1. Weltkrieges und nach Genfer Konventionsrecht.§ 2 Vertragsleistungen der allgemeinen Handelsbedingungen

Vertragsleistungen dieser allgemeinen Handelsbedingungen sind alle Leistungen, wie, z.B., Handlungen oder Zahlungen, die der Leistende an den Empfänger oder dessen Erfüllungsgehilfen, etc., erbringt. Dazu gehören insbesondere Zahlungen, auch Teilzahlungen etc., aber auch andere durch den Empfänger oder dessen Erfüllungsgehilfen abgeforderte Leistungen, wie, z.B., Erklärungen, Berichte, Anfragen oder auch Kontopfändungen, Sachpfändungen, Inhaftierung oder eidesstattliche Versicherungen, etc. pp.

§ 3 Inkrafttreten des Vertrages durch Annahme der allgemeinen Handelsbedingungen

(1) Mit der Annahme einer Vertragsleistung des Leistenden durch den Empfänger oder seine Erfüllungsgehilfen treten diese allgemeinen Handelsbedingungen in Kraft.
Diese allgemeinen Handelsbedingungen haben Vorrang vor allen anderen Handels- und Geschäftsbedingungen und können nicht durch andere Geschäftsbedingungen, unfreiwillige invisible Verträge oder Handelsangebote der Empfänger oder Erfüllungsgehilfen, etc. pp., außer Kraft gesetzt werden. Mit der Annahme einer Vertragsleistung des Leistenden stimmt der Empfänger oder seine Erfüllungsgehilfen, etc., unwiderruflich zu, diese allgemeinen Handelsbedingungen als oberste Rechtsnorm unter Ausschluß ihrer eigenen allgemeinen Geschäftsbedingungen, anzuerkennen.

(2) Der Annahme einer Vertragsleistung kommt der Erhalt von Geldern im Rahmen einer Zwangsbeitreibung gleich, z.B. Barzahlung, Kontopfändung.

(3) Eine Vertragsleistung, im Sinne dieses Vertrages, gilt auch als angenommen, wenn der Empfänger selbst oder mittels seiner Erfüllungsgehilfen sonstige Zwangsmaßnahmen, z.B., Haftbefehl, Durchsuchungsanordnungen, Zwangsversteigerung, etc., umsetzt oder Schreiben versendet, die Forderungen gegen den Leistenden erheben, z.B., „Bescheide“ oder „Beschlüsse“.

§ 4 Inkrafttreten der allgemeinen Handelsbedingungen durch Androhung

Die allgemeinen Handelsbedingungen treten außerdem in Kraft, wenn dem Leistenden durch den Empfänger oder dessen Erfüllungsgehilfen, etc. pp., eine Zwangsmaßnahme angedroht wird.

Mit Eingang in jeglicher Form treten die allgemeinen Handelsbedingungen in Kraft.

Die Rechtskraft tritt sofort ein, durch die seit 29. November 2016 gültigen Ausführungsgesetze zur Restitution/Reorganisation des Deutschen Reichs/Deutschland (AzRR), im Geltungsbereich des Gebietes des Deutschen Reichs/Deutschland in den Grenzen von 1914, zwei Tage vor Ausbruch des 1. Weltkrieges.

§ 5 Schadenersatz bei Nichteinhaltung der allgemeinen Handelsbedingungen

Sowohl das Ereignis, welches das Inkrafttreten der allgemeinen Handelsbedingungen auslöst, wie auch jede weitere Vertragsleistung aus den allgemeinen Handelsbedingungen, verpflichtet den Empfänger und seine Erfüllungsgehilfen, etc., zum Schadenersatz, gemäß § 6.

Der Empfänger und seine Erfüllungsgehilfen, etc., haften unverjährbar, gesamtschuldnerisch und unbegrenzt und unterwerfen sich, ohne Einrede der Verjährung, der sofortigen Zwangsvollstreckung in ihr gesamtes Betriebs- und Privatvermögen oder sonstiges Vermögen.

§ 6 Höhe des Schadenersatzes bei Verletzung der allgemeinen Handelsbedingungen

(1) Die Höhe des Schadenersatzes richtet sich nach der jeweiligen Vertragsleistung der allgemeinen Handelsbedingungen oder Rahmenhandlung und deren Zustandekommen.
Der Schadenersatz ist für jede einzelne beteiligte Person fällig.

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Vertragsleistung nach  | Erfüllungsgehilfe | Empfänger |
| § 4 Androhung von Zwangs­maßnahmen, Pfändung | 30.000,00 [€] pauschal  | 50.000,00 [€] pauschal  |
| § 3 Abs. 1 Annahme von Leistungen  | 100% der Gesamtforderung bzw. des entstandenen Schadens zzgl. 30.000,00 [€] pauschal  | 150.000,00 [€] pauschal  |
| § 3 Abs. 2 und 3 Umsetzung Zwangsmaßnahme  | 100% der Gesamtforderung bzw. des entstandenen Schadens zzgl. 50.000,00 [€] pauschal  | 500.000,00 [€] pauschal  |
| Personenstandfälschung, auch versuchte  | 30.000,00 [€] pauschal  | 50.000,00 [€] pauschal  |
| Unwirksame „Inlandszustellung“  | 30.000,00 [€] pauschal | 50.000,00 [€] pauschal  |
| Fehlende Unterschriften u. ä.,  | 30.000,00 [€] pauschal | 50.000,00 [€] pauschal  |
| Verweigerte Rechtssicherheit und Rechtsbeugung im Amt  | 30.000,00 [€] pauschal | 250.000,00 [€] pauschal  |
| Durchsetzung von nichtigen Verwaltungs-Akten | 30.000,00 [€] je Schadenjahr | oder 3.500.000,00 [€] pauschal |
| Speicherung, Nutzung und Weitergabe der persönlichen Daten | 35.000,00 [€] pauschal | 150.000,00 [€] pauschal |
| Verschleppung, Freiheitsberaubung, Körperverletzung | 50.000,00 [€] pauschal | 500.000,00 [€] pauschal |
| Verstoß gegen / Mißachtung der UN-Resolution 61/295 | 100.000,00 [€] pauschal | 500.000,00 [€] pauschal |
| Verstoß gegen / Mißachtung des internationalen Paktes für bürgerliche und politische Rechte | 100.000,00 [€] pauschal | 500.000,00 [€] pauschal |

(2) Angefangene Arbeitsstunden des Leistenden sind zusätzlich mit 200,00 [€] zu vergüten, angefangene Arbeitsstunden von Rechtsbeiständen mit 350,00 [€].

(3) Sofern geltendes Recht einen höheren Schadenersatz vorsieht oder zuläßt, tritt diese Regelung automatisch in Kraft.

(4) Im Falle einer wie auch immer gearteten Abwertung des Zahlungsmittels [Euro] oder Umstellung auf ein anderes Zahlungsmittel beziehen sich die Summen nach Abs. 1 auf nicht weniger als die Kaufkraft am 01.01. des Jahres, in dem der Vertrag in Kraft getreten ist.

§ 7 Fälligkeit des Schadenersatzes

(1) Der Schadenersatz wird mit jedem Eintritt eines Ereignisses, gemäß § 3 oder § 4, sofort fällig,
ohne daß es hierzu einer Aufforderung bedarf.

(2) Der Schadenersatz ist dem Leistenden bis spätestens am ersten Kalendertag des Folgemonats, nach dessen Wahl per Überweisung, in bar oder in physischen (reinen) Edelmetallen (Gold, Silber, Kupfer, Platin, etc.) marktüblicher Stückelung, auszuhändigen. Entstehende Kosten des Transfers trägt der Empfänger, bzw., der Erfüllungsgehilfe.

(3) Erfolgt die Aushändigung nicht innerhalb der Frist, gemäß Absatz 2, tritt automatisch Verzug ein, der mit 6% über dem Basiszinssatz zu verzinsen ist.

§ 8 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser allgemeinen Handelsbedingungen unwirksam, bzw. ungültig, sein oder werden, tritt an deren Stelle eine rechtlich wirksame Bestimmung, die dem beabsichtigten Vertragszweck am nächsten kommt, als hätte man die Angelegenheit von vornherein bedacht. Die übrigen Vertragsinhalte bleiben hiervon unberührt.

Rechtsfolgebelehrung:

Die Nachkriegsordnung ist seit dem 27. April 2018, durch Bekanntgabe von Frau Bundeskanzlerin Merkel, im Beisein von Herrn US-Präsident Trump, offiziell beendet.

Damit ist das Betreten der Flächen des Leistenden auf dem Staatsgebiet des selbstständigen Bundesstaates Republik Baden durch jedwede Erfüllungsgehilfen und Empfänger eine Zuwiderhandlung gegen diese allgemeinen Handelsbedingungen und löst die Strafverfolgung, gemäß Genfer Konventionsrecht, RStGB, VStGB, Internationalem Pakt über bürgerliche und politische Rechte, UN-Resolution 61/295, EMRK, Völkerstrafgesetzbuch und den AzRR, aus.

Allein die Einlage in den Briefkasten der Postzustelladresse des Leistenden löst die Schadensersatzpflicht, gemäß den allgemeinen Handelsbedingungen und sonstiger Schadensersatzpflicht, aus, da der Leistende unter dem Schutz der Genfer Konventionsrechte, des Völkervertragsrechtes, steht.

Gerichtsstand:

Bis zur abgeschlossenen Reorganisation der Bundesstaaten des Staatenbundes und Völkerrechtssubjektes Deutsches Reich/Deutschland, im Rechtsstand und in den Reichsgrenzen, zwei Tage vor Ausbruch des 1. Weltkrieges, gelten, gemäß Völkervertragsrecht, die dort festgelegten Bestimmungen bezüglich der territorialen Anwendung, des Gerichtsstandes, sowie des Erfüllungsortes. Für die Bundesrepublik Deutschland hat Völkervertragsrecht Vorrang vor Völkergewohnheitsrecht, Vorrang vor deutschem Recht und Vorrang vor Bundesrecht, gemäß den AzRR.

Die Leistende:

Die gewillkürt Bevollmächtigte, gemäß § 1 staatlichem BGB, in Kraft seit 1. Januar 1900, alleiniger Souverän und Administratorin für den freien, natürlichen, beseelten, lebendigen und nicht verschollenen Menschen, die alleinige Familiennamen- und Namensinhaberin, ewig uneinschränkbare Begünstigte, unter anderem auch ihrer Genfer Konventionsrechte, in Selbstermächtigung, in Gebrauch der Rechts- und Geschäftsfähigkeit und Gebrauch ihrer staatlichen Souveränitätsrechte, in Geschäftsführung ohne Auftrag, gemäß staatlichem BGB § 677 wegen Personenstandsänderung, aufgrund BGB §§ 227, 228 und 229.

Die Unterzeichnerin ist Eigentümerin dieser Urkunde.

gegeben zu Stadt, am Tag. des Monat Monat im Jahre Zweitausendachtzehn

Die Frau Allevornamen, aus dem Hause Geburtsname

Familienname Mustermann

1. *„Cestui Que Vie Act*“ (das sog. „Strohmann“-Gesetz, England, aus dem Jahre 1666, damalige Bed.: „Wer sich nicht binnen sieben Jahren persönlich meldet wird für tot erklärt.“ - neuere dt. Bed.: „Der bürgerliche Tod“) [↑](#footnote-ref-1)